

Antrag - Nr. StVV - AT 25/2022 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.06.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Gespräche mit Nachbargemeinden zu Einführung einer Straßenbahn bzw. Regional-Stadtbahn (GRÜNE PP)

Bislang ist es in Deutschland nicht gelungen, im Verkehrssektor eine Reduzierung der CO₂-Emissionen zu erreichen. Zwei entscheidende Wege, dies zu erreichen, sind die Elektrifizierung des Verkehrs sowie die Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Straßenbahnen verbinden diese beiden Potenziale und könnten insofern einen wichtigen Beitrag für eine klimafreundlichen Verkehrswende in Bremerhaven leisten.

Darüber hinaus eröffnet eine Straßenbahn die Möglichkeit, über die Stadtgrenzen hinweg den Verkehr zu dekarbonisieren. Als Oberzentrum ist Bremerhaven attraktiv für Menschen aus benachbarten Städten und Gemeinden. Hier gibt es ein vielseitiges Angebot in Kultur, Freizeit und Shopping. Auch Tourist*innen, die ihren Urlaub an der Küste verbringen, unternehmen gerne Tagesausflüge in die Seestadt. Schließlich hat Bremerhaven eine hohe Einpendelquoten bei Arbeitnehmer*innen. Für diese Landesgrenzen überschreitenden Zielgruppen fehlt ein unkompliziertes, schnelles Angebot im Rahmen des ÖPNV.

Deswegen wäre es sinnvoll, bei der geplanten Untersuchung zu Nutzen und Kosten einer Straßenbahn für Bremerhaven von Beginn an über die Stadt hinaus zu denken. Dies setzt allerdings eine intensive Abstimmung mit den Nachbargemeinden und dem VBN voraus, nicht zuletzt, da sich bei einer Regional-Stadtbahn, die Bremerhaven mit dem Umland verbindet, wichtige Konsequenzen für die Finanzierung ergäben.

Aus diesem Grund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, Gespräche mit Vertreter*innen der Nachbargemeinden Geestland, Wurster Nordseeküste, Schiffdorf und Loxstedt darüber aufzunehmen, ob bzw. unter welchen Bedingungen die Einführung einer Regional-Stadtbahn oder einer die Gemeindegrenzen überschreitende Straßenbahn als ein gemeinsames Vorhaben umgesetzt werden könnte.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

i.V.

Claudius Kaminiarz

und Fraktion DIE GRÜNEN PP